

Forschungsbericht 2017 und Forschungsplan 2018

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	1
2.	Bereits bestehende und weitergeführte Projekte.....	2
3.	Neu begonnene Projekte.....	4
4.	Tagungen	5
5.	Oranienburger Schriften	6
6.	Veröffentlichungen	6
7.	Geplante Publikationsvorhaben	7
8.	Wissenschaftliche Vorträge auf Tagungen und sonstigen Veranstaltungen im In- und Ausland	8
9.	Sonstiges	10

1. Einleitung

Die Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg (FHPolBB) steht derzeit vor erheblichen Herausforderungen. Die Jahre 2016 bis 2018 waren bzw. sind gekennzeichnet durch die Erhöhung der Anwärterzahlen auf 350 pro Jahr, was eine konsequente Bündelung der Ressourcen zur Bewältigung dieser Herausforderung bedingt. Davon sind auch sämtliche Forschungsaktivitäten unmittelbar betroffen, was sich unter anderem in einer deutlichen Verkleinerung der Personalausstattung des Institutes für Polizeiwissenschaft (IfP) niederschlug.

Das IfP war mit Beginn des Jahres 2012 im Bereich Lehre und Forschung eingerichtet und direkt dem Vizepräsidenten unterstellt worden. Ziel dieses Institutes war die Schärfung des wissenschaftlichen Profils der FHPol und die Weiterentwicklung einer spezifisch auf das Berufsfeld Polizei ausgerichteten Forschung.

Das Jahr 2017 war gekennzeichnet durch einschneidende Umorganisationen im Hinblick auf die Aufgaben des IfP und die Zuständigkeiten für Drittmittel. Um die dramatisch gestiegenen Unterrichtsstunden abzudecken, wurde bereits im Jahr 2016 Personal aus dem Bereich Weiterbildung in den Bereich Lehre und Forschung umgesetzt. Um die dadurch im Bereich Weiterbildung entstandenen Lücken zu schließen, wurde eine Beamtin des gehobenen Dienstes aus dem IfP ab dem 1.10.2016 zunächst auf ein Jahr befristet in den Bereich Weiterbildung umgesetzt. Zur Bündelung der Kompetenz für Drittmittel an einer Stelle wurde ein Beamter des höheren Dienstes mit Wirkung zum 29.3.2017 vom IfP in die Stabsstelle für die Beratung und Antragsunterstützung bei Fördermaßnahmen (St BAF) umgesetzt und die Zuständigkeit für Drittmittel zu Forschungszwecken vom IfP zur St BAF verlagert. Konsequenterweise wurde die bis dato mit Fragen der drittmittelfinanzierten Forschung befasste Beamtin nach Ablauf der befristeten Umsetzung in die Weiterbildung mit Wirkung zum 01.11.2017 ebenfalls in die St BAF umgesetzt.

Zum Ende des Jahres 2017 ging eine Mitarbeiterin aus dem Zentrum für Zeitgeschichte der Polizei, die außerdem mit der Herausgabe der Oranienburger Schriften betraut war, in den Ruhestand, wodurch sich der Personalbestand des IfP innerhalb weniger Monate halbierte.

Die im Jahr 2016 begonnenen Überlegungen, das IfP zu einer Servicestelle für wissenschaftliche Dienstleistungen und zu einer Art „Denkfabrik“ für die Polizei des Landes Brandenburg

zu machen, wurden vor dem Hintergrund der dramatisch geschrumpften personellen Kapazitäten nicht mehr weiterverfolgt.

2. Bereits bestehende und weitergeführte Projekte

Grundlegende Menschenrechte: Schutz und Weiterentwicklung

(Prof. Dr. Ralf Alleweldt)

Zu den grundlegenden Menschenrechten gehören das Recht auf Leben und der Schutz vor Folter und unmenschlicher Behandlung, die in ihrem ursprünglichen Sinn den Staat verpflichten, seine Bürger weder zu töten noch zu foltern. Im Rahmen dieses Projekts wird untersucht, wie grundlegende Menschenrechte über ihren ursprünglichen Anwendungsbereich hinaus durch internationale Gerichte weiterentwickelt worden sind. Nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zur Untersuchungspflicht bei Todesfällen und zum Verbot von Abschiebung und Kettenabschiebung bei drohender Folter bestehen bestimmte verfahrensbezogene Wirkungen des Rechtes auf Leben und auslandsbezogene Wirkungen des Folterverbots. Die Einzelheiten dieser Rechtsprechung und der sie stützenden Argumentationsansätze werden näher analysiert.

Das Ergebnis wird noch im Laufe des Jahres 2018 in einer Monografie veröffentlicht (vgl. Punkt 7).

„The European Committee for the Prevention of Torture. Activities, achievements and challenges“

(Prof. Dr. Ralf Alleweldt)

Die Untersuchung wird das Thema „Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe“ in europäischer Perspektive behandeln.

Das Folterverbot wird seit langer Zeit als eine fundamentale Norm des Völkerrechts und nahezu jeder innerstaatlichen Rechtsordnung und gleichzeitig als ein notwendiges Element jeder zivilisierten Gesellschaft angesehen. Es setzt einen unverrückbaren Rahmen für die Tätigkeit der gesamten Staatsgewalt einschließlich der Polizei. Die praktische Beachtung des Folterverbots ist allerdings in allen Teilen der Welt ein Problem. Seit Anfang der 1970er Jahre haben die Staaten eine Reihe besonderer völkerrechtlicher Instrumente zur Bekämpfung von Folter geschaffen, insbesondere solche, die Folterhandlungen von vornherein verhindern sollen. Zu ihnen gehört das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter (*European Committee for the Prevention of Torture [CPT]*), das Gegenstand dieser Untersuchung sein soll.

Das CPT wurde 1987 im Rahmen des Europarats geschaffen. Seine Arbeit besteht im Wesentlichen darin, in den 47 Mitgliedstaaten alle Arten von Haftorten zu besuchen und die Lage der festgehaltenen Personen zu prüfen. Im Anschluss an seine Inspektionsbesuche erarbeitet das CPT Empfehlungen, die der Verbesserung der Lage inhaftierter Personen dienen sollen.

Die an der FHPol projektierte Untersuchung gibt einen Überblick über die Tätigkeit des CPT in den vergangenen 25 Jahren, wertet diese Tätigkeit aus und analysiert sie. Von besonderem Interesse sind diejenigen Staaten, in denen im Laufe der Jahrzehnte eine Verbesserung der Situation zu beobachten war. Die Entwicklung in einzelnen Staaten wird in Fallstudien näher beschrieben. Es soll insgesamt abgeschätzt werden, wie weit sich die Arbeit des CPT als wirksam erwiesen hat, in welchen Bereichen bei der Prävention von Folter und andersartigen Misshandlungen in Europa noch Handlungsbedarf besteht und wie mögliche Defizite beseitigt werden können.

Die Untersuchung soll in englischer Sprache vorgelegt und als Monografie veröffentlicht werden. Es ist angestrebt, sie im Laufe des Jahres 2018 fertigzustellen (vgl. Punkt 7).

Tagungsband „The Police And International Human Rights Law“

(Prof. Dr. Ralf Alleweldt und Prof. Dr. Guido Fickenscher in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Zentrum)

Während die Grundrechte des Grundgesetzes seit langer Zeit im Bewusstsein der Polizeibeamten und in der polizeilichen Aus- und Weiterbildung eine große Rolle spielen, wird die Bedeutung der Normen des internationalen Menschenrechtsschutzes für die Polizei erst in neuerer Zeit deutlich erkennbar. Mit dieser Thematik befassen sich unterschiedliche Akteure: Neben der Polizei und ihren Ausbildungseinrichtungen gehören dazu Menschenrechtsinstitute, akademische Rechts- und Polizeiwissenschaftler, Beamte von Ministerien und internationalen Organisationen, Richter, Staats- und Rechtsanwälte sowie nichtstaatliche Menschenrechtsorganisationen (NGOs) im In- und Ausland. Die im April 2016 durchgeführte Konferenz ermöglichte einen fachlichen Austausch dieser Akteure und trug einerseits zu einem allseitigen Informations- und Erkenntnisgewinn, andererseits zu einem erhöhten Maß an gegenseitigem Verständnis bei. Die Ergebnisse der Konferenz werden in einem Tagungsband im März 2018 veröffentlicht.

„Training Augmented Reality Generalised Environment Toolkit“ (TARGET)

(Mario Rogus, Thomas-Gabriel Rüdiger, Jochen Christe-Zeyse)

Seit Mai 2015 ist die FHPol an dem Horizon 2020-Projekt „Training Augmented Reality Generalised Environment Toolkit“ (TARGET) beteiligt. In diesem Projekt arbeiten 16 Partner aus 11 europäischen Ländern zusammen. Es ist auf drei Jahre ausgerichtet und hat ein Budget von ungefähr sechs Millionen Euro. Neben der FHPol ist als weiterer Partner aus den Reihen der deutschen Polizei die DHPol vertreten.

In den letzten 12 Monaten wurde durch die FHPol in Zusammenarbeit mit dem FÜSAL des PP weiter an dem Szenario „Großdemonstrationen“ und „Schutz einer kritischen Infrastruktur“ am Flughafen BER gearbeitet. Dafür wurde Ende Juni 2017 ein UAV (Unmanned Aerial Vehicle – Drohne) durch den österreichischen Partner ISCC zum Einsatz gebracht, mit dessen Hilfe Aufnahmen vom Einsatzgebiet im Vorfeld sowie am Terminalgebäude des BER gefertigt wurden. Mittels dieser Aufnahmen wurde dann ein 3D-Modell des für das im Szenario vorgesehene Einsatzgebiet erstellt. Dieses Modell soll die Grundlage bilden, um Lageentwicklungen aus verschiedenen Blickwinkeln (Hubschrauber aus der Luft sowie BeSi-Teams am Boden) zu simulieren und visualisieren. Dies soll in zukünftigen Übungen eine realitätsnahe Einsatzatmosphäre schaffen.

Während des planmäßigen Projektworkshops, der im Juni 2017 in Barcelona stattfand, wurden die nächsten Schritte zur Vorbereitung der für September und Oktober 2017 stattfindenden Testläufe der Version 1 der sechs Szenarien sowie der davor durchzuführenden Train-the-Trainer Seminare für die späteren Nutzer der Plattform besprochen. Dort wurden ebenfalls die ersten Ideen für den künftigen Editor für das Erstellen und Bearbeiten zukünftiger Szenarien vorgestellt.

Vom 19. bis 21. September 2017 fand der Testlauf der Version 1 des FHPol-Szenarios an der FHPol statt. Teilnehmer waren neben der FHPol und der technischen Projektpartner Vertreter des PP Brandenburg wie FÜSAL, PD Süd sowie der PI Flughafen Schönefeld. Ziel des Testlaufs war es, die ersten technischen Umsetzungen des Szenarios sowie die Schlüssigkeit der Einlagen und des Einsatzverlaufs durch Experten und potentiell zukünftigen Nutzer zu testen. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass schon einige technische Innovationen umgesetzt wurden, die die Planung und Durchführung solcher Lagen vereinfacht, einige der versprochenen Features aber noch nicht verfügbar waren. Diese sollen aber bis zum Testlauf der Version 2 zur Verfügung stehen, der für Juni 2018 geplant ist.

Aufgrund der Insolvenz des projektinitiierenden Konsortialführers *Vector Command Limited* und der notwendigen Neuausrichtung des Projekts verschiebt sich das Projektende auf Oktober 2018.

„Partizipatives 4 Dimensionen-Modell zur systemischen Risikobetrachtung von Sicherheitslösungen im Kontext heterogener Anwendungsfelder (4D-Sicherheit)“

(Sebastian Krahl, Jochen Christe-Zeyse in Kooperation mit der TU Berlin)

Dieses Projekt soll einen innovativen Ansatz und Entscheidungshilfen für effektive und gesellschaftlich akzeptierte Sicherheitslösungen im Bereich der öffentlichen Sicherheit bzw. für sensible Sicherheitsbereiche entwickeln und den relevanten Sicherheitsverantwortlichen, allen voran BOS wie der Polizei, praktikable Handlungsoptionen in Form eines softwarebasierten Demonstrators zur Verfügung stellen. Hierzu soll eine Methodik erarbeitet und in Form eines Software-Tools umgesetzt werden, die es erlaubt, anhand von vier Dimensionen (Sicherheit, Effizienz, Recht und Vertrauen) Sicherheitslösungen aus der Perspektive unterschiedlicher Akteure zu bewerten, um so mögliche Probleme und Optimierungspotenziale zu identifizieren. Das Projekt „4D-Sicherheit“ wird vom BMBF im Programm „Forschung für die Zivile Sicherheit 2012-2017“ im Rahmen der Ausschreibung „Neue ökonomische Aspekte“ gefördert. Es begann am 1. September 2016 und hat eine Laufzeit von drei Jahren.

Projektpartner sind das Zentrum für Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin, die Goethe-Universität Frankfurt am Main, das European Aviation Security Center e.V. (EASC) Schönhagen und AntwortING beratende Ingenieure in Köln. Als assoziierte Partner sind die FHPol Brandenburg, die Feuerwehr Bocholt, der Kreis Soest, das Fritz-Haber-Institut Berlin, der Bundesverband der Sicherheitswirtschaft in Bad Homburg, das Institut Fysieke Veiligheid in Arnheim (Niederlande) sowie die Flughafen München GmbH beteiligt.

Die Polizei des Landes Brandenburg bringt über die FHPol die Erfahrungen mit der Einführung und Nutzung des Interaktiven Funkstreifenwagens als Best Practice-Szenario in eine Fallstudie in das Projekt ein. Auf der Grundlage dieser und weiterer (nichtpolizeilicher) Fallstudien wird die Technikentwicklung für das 4D-Bewertungstool erarbeitet, das zukünftig bei organisationsinternen Führungs- und Entscheidungsprozessen sowie in der polizeilichen Aus- und Weiterbildung zum Einsatz kommen könnte.

Im Ergebnis des Projekts soll die Machbarkeit eines entsprechenden Tools an beispielhaften, im Rahmen der Fallstudien erstellten Szenarien, mittels eines anwendungsnahen Demonstrators validiert werden. Weitere Informationen unter:

<https://www.4d-sicherheit.de/>

<https://www.fhpolbb.de/verbundprojekts-4d-sicherheit>

3. Neu begonnene Projekte

Projekt „Soziale Akzeptanz des Personalauswahlverfahrens“

(Prof. Dr. Madeleine Bernhardt)

Im Rahmen der „AG Nachwuchsgewinnung“ wurde als ein Arbeitspaket die Untersuchung der sozialen Akzeptanz des Personalauswahlverfahrens für den mittleren und den gehobenen Dienst definiert. Ziel der Untersuchung unter Federführung von Frau Prof. Dr. Madeleine Bernhardt war es, herauszufinden, wie Bewerberinnen und Bewerber das aktuelle Personalauswahlverfahren wahrnehmen und inwiefern ggf. Optimierungsmöglichkeiten sichtbar werden. Darüber hinaus sollten mit Hilfe ergänzender Datenanalysen der Zusammenhang zwischen einzelnen Bestandteilen des Personalauswahlverfahrens sowie Studien- und Ausbildungsleistungen untersucht werden. Im Sommer 2017 fand eine teilnehmende Beobachtung

des Personalauswahlverfahrens durch eine externe Expertin, Frau Dipl.-Psych. Carolin Bikki, statt. Der auf dieser Basis verfasste Zwischenbericht zeigte die Stärken des aktuellen Verfahrens ebenso auf wie Optimierungspotenziale. Ende Januar 2018 wurde der Abschlussbericht des Projekts vorgelegt. Er enthält Erkenntnisse aus den Datenanalysen, die eine umfassende Betrachtung der Stärken und Weiterentwicklungsmöglichkeiten des aktuellen Personalauswahlverfahrens erlauben.

Verbundprojekt „X-SONAR: Extremistische Bestrebungen in Social Media Netzwerken: Identifikation, Analyse und Management von Radikalisierungsprozessen“

(Im Forschungsverbund von IKG der Universität Bielefeld, DFKI, DHPol, Fraunhofer-Institut für Sichere Informationstechnologie, Institut Psychologie und Bedrohungsmanagement, Landesinstitut für präventives Handeln und LKA Niedersachsen fungiert Prof. Dr. Robertz als assoziierter Partner für die FHPolBB)

Das Verbundprojekt „X-SONAR: Extremistische Bestrebungen in Social Media Netzwerken: Identifikation, Analyse und Management von Radikalisierungsprozessen“ leistet praxisorientierte, interdisziplinäre Grundlagenforschung zum Verständnis extremistischer Interaktions- und Eskalationsdynamiken in sozialen Onlinenetzwerken. X-SONAR erforscht die Mechanismen der individuellen und kollektiven Gewaltdynamiken sowie die Selbstregulation von Radikalität in sozialen Online-Netzwerken. Ziel von X-SONAR ist es, die Verdichtung von Radikalisierungsprozessen, beginnend bei menschenfeindlichen Diskursen bis hin zu operativ strafrechtlich relevanten Handlungsweisen, empirisch zu analysieren, Radikalisierungsmuster, -mechanismen und -phasen auf Meso- wie Mikroebene zu identifizieren und auf dieser Grundlage praxisrelevante Indikatoren zur Früherkennung und dynamischen Risikoeinschätzung abzuleiten. Im Dialog mit den Endnutzern aus Sicherheitsbehörden (Landeskriminalämter und Bundeskriminalamt) und Zivilgesellschaft (Medienunternehmen, Jugendmedienschutz, Präventionsprojekte gegen Radikalisierung, Berufspädagogen und Psychologen) soll auf Grundlage der wissenschaftlichen Erkenntnisse ein softwaregestütztes Instrument für das Bedrohungsmanagement und eine Gefährdungsbewertung innerhalb virtueller Kontexte entwickelt und getestet werden. Um die Nachhaltigkeit der Verbundarbeit zu gewährleisten, werden die erarbeiteten Erkenntnisse, methodischen Verfahren und Tools für die berufs begleitende Weiterbildung der Endnutzer unter dem besonderen Aspekt der Prävention aufbereitet und im Rahmen eines Blended Learning Ansatzes mit verschiedenen Zielgruppen im Projektzeitraum umgesetzt. Insbesondere in Bezug auf die Polizei als Endnutzer wird angestrebt, dass die Software nachhaltig in der Lage ist relevante Diskurse zu identifizieren, diese zu verorten und den Sicherheitsbehörden anlassbezogen (bspw. beim Bau neuer Unterbringungen für Asylsuchende, der Formierung neuer radikaler Gruppen etc.) im Sinne einer Gefährdungsbewertung vorzulegen.

Onlineradikalisierung und die Eskalation von Gewalt im Internet sind nicht nur strafrechtlich relevant, sondern fordern auch neue Wege der Früherkennung und die Entwicklung geeigneter Präventionsmaßnahmen. Förderbeginn des Projektes war im Februar 2017 das Projektende ist Februar 2020 avisiert¹.

4. Tagungen

Am 16. November 2017 fand an der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg der 11. Tag der Wissenschaft zum Thema „Kriminalistik und forensische Wissenschaften“ statt. Diese Tagung war gleichzeitig die Verabschiedungsveranstaltung für den weit über die Grenzen Brandenburgs hinaus bekannten Kriminalisten und Rechtsmediziner Prof. Dr. Dr. Ingo Wirth, der im Herbst 2017 in den Ruhestand ging. Die Vortragsthemen reichten von Entwicklungslinien der Kriminalistik über spezielle Probleme der Morduntersuchung und der Todesermittlung bis zu ausgewählten Aspekten von Rechtsmedizin, forensischer Psychiatrie

¹ Projektbeschreibung weitestgehend der Projektseite entnommen <https://www.x-sonar.de/>

und Psychologie. Die Referate werden zusammen mit weiteren Fachbeiträgen in einer vom Vizepräsidenten der FHPol herausgegebenen Festschrift veröffentlicht, die im Frühjahr 2018 im Verlag Dr. Köster erscheint.

5. Oranienburger Schriften

Im Jahr 2017 erschien nur ein Heft der Oranienburger Schriften. Es enthält Bachelorarbeiten, die von den jeweiligen Betreuern, von der Jury des Polizeipreises und vom Redaktionsbeirat für veröffentlichenswert angesehen wurden. Thematisch ist der Bogen sehr weit gespannt: vom Einsatz von Personenspürhunden („Mantrailern“) über sog. „Hate Communities“ im Internet bis zum Nachweis substanzarmer Blutspuren mittels chemischer Reagenzien, einer empirischen Studie über Einbruchssicherheit und eine Arbeit über die Modedroge Crystal Meth.

Im Jahr 2018 sind drei Ausgaben der Oranienburger Schriften geplant: eine Heft mit herausragenden polizeihistorischen Bachelorarbeiten, ein Heft mit den Ergebnissen des Forschungsprojekts COMPOSITE und ein Themenheft mit Beiträgen zur digitalen Polizeiarbeit und Cyberkriminalologie.

6. Veröffentlichungen

Jochen Christe-Zeyse

- Leuchtturmforschung an Polizeihochschulen? Gedanken zur Rolle der anwendungsbezogenen Forschung an polizeilichen Bildungseinrichtungen. In: J. Christe-Zeyse (Hrsg.): Kriminalistik und forensische Wissenschaften. Festschrift für Ingo Wirth. Verlag Dr. Köster, Berlin 2018 (im Druck), S. 203-232.
- Mehr Präsenz in der Fläche? Reformkonzepte einer Landespolizei auf dem Prüfstand. In: Annelie Molapisi, Michael Neumann & Rainer Prätorius (Hrsg.): Die Freunde der Helfer: Polizeipolitik in unsicheren Zeiten. Frankfurt/Main 2017, S. 19-59.
- Die Sehnsucht nach anständiger Führung: Überlegungen zu einer Didaktik der Führungsethik in der Polizei. In: Sandra Schmidt, Waltraud Nolden, Thomas Enke, Carsten Schumann & Matthias Tschupke (Hrsg.): Festschrift zum 20-jährigen Bestehen der Fachhochschule Polizei Sachsen-Anhalt. – Reflexion und Vision – Beiträge zur Entwicklung der Polizei. Frankfurt am Main 2017. S. 351-370.

Guido Fickenschner

- Sachwertgrenze bei Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion; Anmerkung zu BGH 4 StR 239/16, Urteil vom 13.10.2016, NJW 2017, S. 773 ff.
- Tatbestandliche Reichweite des Landfriedensbruchs, Anmerkung zu BGH 2 StR 414/16, Urteil vom 24.05.2017, NJW 2017, S. 3456 f.

Ihno Gebhardt

- Handbuch Glücksspiel, 2. Auflage, erschienen im Januar 2018 (deGruyter-Verlag, 1137 Seiten, zusammen mit Stefan Korte, Uni Chemnitz).

Fredrik Roggan

- Die Organisation der Sicherheitsbehörden und Geheimdienste in Deutschland – Kapitel C, in: Lisken/Denninger, Handbuch des Polizeirechts, 6. Aufl. (im Druck).

- Zeugenschutzharmonisierungsgesetz, Kommentar, in: Münchener Kommentar zur StPO, 2018 (im Druck).
- Die strafprozessuale Quellen-TKÜ und Online-Durchsuchung - Elektronische Überwachungsmaßnahmen mit Risiken für Beschuldigte und die Allgemeinheit, in: Strafverteidiger 2017, S. 821 ff.
- Legislative Entgrenzungen im Bereich der „Terrorismusbekämpfung“ – Eine unvollständige Bilanz der letzten zehn Jahre, in: Zeitschrift für Rechtspolitik 2017, S. 208 ff.
- Die Markierung von Personen mit „künstlicher DNA“ im Strafverfahren - Über Maßnahmen mit der Gefahr von überschießenden Eingriffswirkungen, in: Kriminalpolitische Zeitschrift 2017, S. 288 ff.

Thomas-Gabriel Rüdiger

- „Digitale Polizeiarbeit – Herausforderungen und Chancen“ (Bayerl, Petra Saskia) ISBN 978-3-658-19755-1, Springer Verlag.
- „Das Broken Web: Herausforderung für die Polizeipräsenz im digitalen Raum“. In: Rüdiger, Thomas-Gabriel; Bayerl, Petra Saskia „Digitale Polizeiarbeit – Herausforderungen und Chancen“ ISBN 978-3-658-19755-1, Springer Verlag, S. 259 – 299.
- „Kann ein Jugendmedienschutz ohne digitale Generalprävention funktionieren?“, Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPJM)-Aktuell 04/2017.
- „Das Broken-Web-Phänomen“ Beitrag in der Wirtschaftsführer 2017-2018, Richard Boorberg Verlag, München ISSN 25115960, S. 50-53.
- „Romancescamming – Eine linguistisch-kriminologische Betrachtung“ (mit Konstanze Marx). In: „Kriminalistik“, Ausgabe 04/2017.
- „Die polizeiliche Nutzung sozialer Medien in Deutschland: Die Polizei im digitalen Neuland“ (mit Saskia Bayerl), Beitrag im Handbuch für Polizeimanagement., Springer Verlag. ISBN 978-3-658-08925-2 , S. 919-945.
- „Soziale Medien - Anbruch eines neuen Zeitalters polizeilicher Arbeit?“ (mit Saskia Bayerl), Beitrag in der Kriminalist 1-2/2017, S. 4ff..
- Debattenbeitrag zum Thema „Kinderfotos ins Internet stellen?“, Einnahme der Kontraposition, Deutschperfekt 3/2017 (chinesische Übersetzung).

7. Geplante Publikationsvorhaben

Ralf Alleweldt

- The subsidiarity principle and European refugee law. In: Ralf Alleweldt / Günter Walzenbach (eds.), Varieties of Subsidiarity: An Interdisciplinary Perspective, 2018.
- Die wesentlichen menschenrechtlichen Anforderungen an polizeiliches Handeln. In: Dieter Kugelman (Hrsg.): Polizei und Menschenrechte. Bundeszentrale für politische Bildung 2018.
- Ralf Alleweldt / Günter Walzenbach (eds.), Varieties of Subsidiarity: An Interdisciplinary Perspective, 2018.
- Ralf Alleweldt / Guido Fickenscher (eds.), The Police and International Human Rights Law, Berlin u.a. Springer, 2018.
- Avoiding another Brexit: the subsidiarity principle and the European Convention on Human Rights. In: Commonwealth and Comparative Politics 2018.

Jochen Christe-Zeyse

- Kriminalistik und forensische Wissenschaften. Festschrift für Ingo Wirth. Verlag Dr. Köster, Berlin 2018 (Hrsg.), ISBN 978-3-89574-941-4.

Ihno Gebhardt

- Buch- und Zeitschriftenbeiträge zum Glücksspiel – Festschrift Prof. Tilmann Becker zum 65. Geburtstag und Zeitschrift für Rechtspolitik.
- Lehrbuch zum Verkehrsrecht (Beck-Verlag); Gewaltprävention an Schulen vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen (Themenbegründung: hoher Handlungsbedarf, Zielstellung: Handlungs- und Rechtssicherheit für Akteure schaffen).

Fredrik Roggan

- Die Doppelfunktionalität von verdeckten Datenerhebungen am Beispiel der Online-Durchsuchungen (Aufsatz, erscheint in: Zeitschrift für das gesamte Sicherheitsrecht 2018).
- Die Beteiligung von Geheimdiensten an sicherheitsbehördlichen Verfahren (Aufsatz, erscheint in: Kriminalpolitische Zeitschrift 2018).

Thomas-Gabriel Rüdiger

- Digitale Polizeiarbeit – Wo stehen wir? (Arbeitstitel) Aufsatz für die Deutsche Polizei.
- Digitale Generalprävention? – Aufsatz Beitrag für BvD- Fachmagazin für den Datenschutz.
- Cyberkriminalologie – Sammelband mit Aufsätzen aus dem Bereich der Cyberkriminalologie und digitalen Polizeiarbeit.

8. Wissenschaftliche Vorträge auf Tagungen und sonstigen Veranstaltungen im In- und Ausland

Ralf Alleweldt

- „Police ethics and integrity in police training in Brandenburg“ bei der Konferenz über „Police Ethics and Integrity“, veranstaltet von der Polizei der Tschechischen Republik im Rahmen des Salzburg Forum – Dialog über innere Sicherheit. 29.9.2016 Prag, Tschechische Republik.
- „The standards of the European Convention on Human Rights on Jury Trials“ bei einem Fortbildungsseminar für Richter, veranstaltet vom Europarat. 2.3.2017 Tiflis, Georgien.
- „Reasoning requirements of court decisions with the emphasis on fair trial standards under the European Convention on Human Rights“ bei einem Fortbildungsseminar für Gerichtsassistenten, veranstaltet vom Europarat. 18.-19.3.2017 Tiflis, Georgien.
- „The right to peaceful assembly and manifestation under the European Convention on Human Rights“ bei einem Fortbildungsseminar für Staatsanwälte, veranstaltet vom Europarat. 30.-31.5.2017 Tiflis, Georgien.
- „International standards on the right to freedom of expression, including hate speech related issues“ bei einem Fortbildungsseminar für Richter, veranstaltet vom Europarat. 1.-2.6.2017 Tiflis, Georgien.

- „The Subsidiarity Principle and European Refugee Law“ bei der internationalen Konferenz „The European Union between Subsidiarity and Solidarity: Historical, Legal and Political Economy Perspectives“, veranstaltet von der Universität Bologna. 27.6.2017 Forlì, Italien.
- „Policing and Human Rights“ im Workshop „United Nations Policing – Current legal and practical challenges“, veranstaltet vom Leibniz-Institut Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung und der Justus-Liebig-Universität Gießen. 1.12.2017 Frankfurt am Main.

Madeleine Bernhardt

- „Fehlerkultur und Selbstkritik: Professioneller Umgang mit Fehlern in der Polizei“ - Vortrag für den höheren Dienst der Polizei „Fehlerkultur und Selbstkritik“ am 07.11.2017 mit anschließender Podiumsdiskussion mit Martin Egert (Lufthansa Aviation Training) unter der Moderation von Mario Gruschinske (Leiter SKE).

Jochen Christe-Zeyse

- „The German Police Education Model“, Vortrag auf der OSZE-Konferenz „Police Education and Training: International Experience and National Perspective“ am 11.12.2017 in Kiew (Ukraine).

Ihno Gebhardt

- Kurzvortrag zu europäischen Glücksspielregulierungen, Moderation des Panels mit finnischen, belgischen und deutschen Vertretern von obersten Regulierungsbehörden; Universität Stuttgart-Hohenheim, Glücksspiel-Symposium.

Thomas-Gabriel Rüdiger (Auswahl)

- „Broken Web – Ein kriminologischer Erklärungsansatz für Kriminalität im digitalen Raum“, 10. Cottbuser Medienrechtstagung, 10/2017.
- „Brauchen wir eine digitale Polizeipräsenz?“, Fachtagung des österreichischen Innenministerium, Wien, 04/2017.
- „Aktuelle kriminologische Erkenntnisse zum Phänomen Cybergrooming“ sowie Teilnahme Podiumsdiskussion, Fachtagung der Initiative Gewaltlos unter Schirmherrschaft von Christina Schwarzer, MdB in Kooperation mit Google Deutschland, Berlin 03/2017.
- „Die Nutzung Sozialer Medien durch die Polizei“, 1. Fachtagung der Bundeswehr zur Nutzung Sozialer Medien, Strausberg, 03/2017.
- „Cybergrooming in Onlinegames Auswirkungen eines Broken Web?“, Bundesjugendkonferenz, Rostock 03/2017.
- „Von digitalen Selbstdarstellern, Opfern und Tätern – Wie können Kinder und Jugendliche im digitalen Raum geschützt werden?“ und Teilnahme an Podiumsdiskussion bei der Landesmedienanstalt Saarland, Saarbrücken 02/2017.

Mario Rogus

- „Police and Social Media“ – „11th International Police Best Practice Conference“, 13.03.-16.03.2017 in Dubai.

9. Sonstiges

Thomas-Gabriel Rüdiger

Anhörungen / Expertengespräche / Podiumsdiskussionen

- Podiumsdiskussion 15. Augsburger Mediengespräche 2017 (mit Ronja von Rönne, Stefan Glaser, Ingrid Brodnig [Keynote], Gertrud Nigg-Klee und Medienstaatssekretär Franz Josef Pschierer. Moderatorin: Sandra Rieß). Augsburg 08.11.2017.
- Podiumsdiskussion Bitkom „Policy PoP Up - NetzDG“ (mit Renate Künast, MdB, Dr. Johannes Fechner, MdB, Nadine Schön, MdB, Arnd Haller [Google Deutschland] und weiteren). Berlin 05/2017.
- Podiumsdiskussion Re:Publica Live Mitschnitt der Debatte → „Re:publica 2017 - »Wir hab'n Polizei!« - Chancen & Herausforderungen beim Einsatz sozialer Medien“, Berlin 10.05.2017.
- Internationale Expertengespräche im Rahmen des Projektes „Gemeinsam.Sicher“ des Bundesministeriums des Innern des Landes Österreich, Impulsvortrag zu „Brauchen wir eine digitale Polizeipräsenz?“, „GEMEINSAM.SICHER in Österreich Fachtagung über Bürgerbeteiligung“, Wien, 20-21.04.2017.
- Anhörung im Rahmen des Runden Tisches „Schutz im Netz modernisieren – Gewalt und Cybermobbing bekämpfen“ des Bundesministeriums für Familie, Frauen und Jugend 06.04.2017.
- Podiumsdiskussion „Respekt 4.0: Von Internet-Piraterie zur gesellschaftlichen Fragen – dem Recht im Netz Geltung verschaffen“, mit Dr. Guido Hinkel (Microsoft), Dr. Florian Drücke (Geschäftsführer Bundesverband Musikindustrie), Lena-Sophie Müller (D21) Kulturkonferenz 2017, Berlin 05.04.2017.
- SWR2 Talkrunde „Der Hass im Netz – Wer löscht das Gift“, Teilnahme als Diskutant mit dem Vorsitzenden der Justizministerkonferenz, Justizminister Heribert Mertin, sowie dem CEO des Branchenverbandes Bitkom, Dr. Bernhard Rohleder. Berlin, 03/2017.

Zeitungsinterviews (Auswahl)

- „Kriminologe: »Sichtbarkeit der Polizei in sozialen Medien bedeutet, dass das Gewaltmonopol greift«, Netzpolitik v. 05.03.2018.
- „Die wollen doch nur spielen“, Welt Printausgabe v. 06.02.2018.
- „Nachholbedarf der Polizei in Sachen Social Media“, Welt, diverse Zweitabdrucke u.a. Focus, FNP, KSTA, 02.-03.10.2017.
- „Thomas-Gabriel Rüdiger, criminologue: «La police doit être présente en ligne comme dans la rue»“, Le Temps, 26.09.2017.
- „Jugendmedienschutz – Wisch und Weg,,, der Freitag, 24.09.2017.
- „Digitale Verbrecherjagd: Was Facebook & Co der Polizei nützen,,, Heise, 26.06.2017, Weitere Veröffentlichungen Futurezone „Wie die Polizei Facebook und Co nutzt“, Fremdsprachige Abdrucke in Chinesisch, Portugiesisch, Französisch, Türkisch.
- „Facebook-Seite sammelt Kinderfotos und sorgt für Empörung,,, Frankfurter Rundschau, 02.03.2017 Diverse Zweitabdrucke u.a. NWZ, auch auf Italienisch: „La provocazione della pagina Facebook che „ruba“ le foto dei bimbi: „Genitori, limitate i criteri di accesso“, v. 03.03.2017.
- „WTF? Die Polizei und der Ton auf Twitter“, Süddeutsche Zeitung v. 27.02.2017.
- „Kinderfotos im Internet - Mama macht mich lächerlich“, Tagesspiegel Printausgabe v. 07.02.2017.

- „Kinder und Jugendliche besser vor Cybergrooming schützen“, Zeit Online, v. 17.01.2017
Diverse Zweitabdrucke.

Fernsehinterviews (Auswahl)

- „Erst denken, dann posten!“, ZDF Mittagmagazin & SWR, ausgestrahlt am 04.01.2018.
- „Hatespeech“, B-Team Tour, 22.09.2017.
- „Facebook und Twitter – Social Media in der Polizeiarbeit“, Brandenburg Aktuell, 23.07.2017.
- „Social Media and the State“, DW, ausgestrahlt am 11.07.2017.
- „Von Cybergrooming bis Hatespeech“, ZDF Info, ausgestrahlt am 06.07.2017.
- „Öffentlichkeitsfahndung in den Sozialen Medien“, RTL Aktuell ausgestrahlt am 26.06.2017.
- „Die Polizei in den Sozialen Medien“, RTL Aktuell ausgestrahlt am 04.06.2017.
- „»Waffen SS« in Smartphone-Spielen“, DCPTV 10.05.2017.
- „Vergewaltigungen und andere Straftaten im Livestream“, ARD Brisant, ausgestrahlt am 25.03.2017.
- „Amt 2.0 - Behörden und Soziale Medien“, 3-Sat Kulturzeit, ausgestrahlt am 07.03.2017.
- TV-Interview ARD Brisant „Kinderbilder im Internet“, ausgestrahlt am 07.03.2017.
- „Vorsicht im Netz – Wie schütze ich mein Kind“, KiKa für Erwachsene von ARD und ZDF, ausgestrahlt am 07.02.2017.

Radiointerviews (Auswahl)

- „Das Internet ist wie ein Piranha-Becken“, Inforadio vom 05.02.2018.
- „Broken Web – Eine kriminologische Grundlagenthese für das Internet“, WDR 11/2017.
- „Cybergrooming die unterschätzte Gefahr“, RBB Radio 1, 29.09.2017.
- „Zeitpunkte-Debatte: Das Recht am eigenen Bild“, Kulturradio ausgestrahlt am 15.05.2017.
- „Gewalt-Videos auf Facebook: So reagiert ihr richtig!“ N-Joy, 18.04.2017.
- „Kinderbilder im Internet“, Antenne 1, ausgestrahlt am 08.03.2017.